

Nr. 694



FREIE WÄHLER-Fraktion, Altstadt 315, 84028 Landshut

An den  
Stadtrat der Stadt Landshut

Stadtratsfraktion  
Rathaus, Altstadt 315  
84028 Landshut  
Tel. 0871/881596  
Fax 0871/881788  
fraktion.fw@landshut.de  
[www.fw-landshut.de](http://www.fw-landshut.de)

Landshut, den 16.07.2025

### Dringlichkeitsantrag

Die Stadt Landshut möge beschließen:

1. Die im Bausenat beschlossene Verpflichtung zur Begrünung von Garagendächer wird nicht in die Stellplatzsatzung aufgenommen.
2. Der im Bausenat geäußerte Wunsch eine Ortsgestaltungssatzung zu erlassen um die Begrünung von Gebäuden zu fordern, wird nicht weiter verfolgt.
3. Es wird die gesetzlich maximal erlaubte Höchstanzahl von Stellplätzen in die Satzung aufgenommen.  
Bei Wohnungen bis 40 qm 1 Stellplatz,  
bei Wohnungen mit 40-70 qm 1,5 Stellplätze und  
bei Wohnungen mit über 70 qm 2 Stellplätze.
4. Die Verwendung der Gelder aus der Stellplatzabläse erfolgt in den jeweiligen Stadtgebieten, soweit möglich.
5. Es wird keine Möglichkeit zur Reduzierung erforderlicher Stellplätze über ein Mobilitätskonzept eingeräumt, dies wird ersatzlos gestrichen.

### Begründung:

Die Festlegung von Begrünungspflichten kann rechtlich nicht für das gesamte Stadtgebiet in Satzungen nach Bayrischer Bauordnung geregelt werden. Diese Auffassung wurde vom Bay. Staatsministerium für Wohnen, Bauen und Verkehr ausdrücklich bestätigt. Zudem wird durch



derartige Forderungen das Bestreben nach Entbürokratisierung und Erleichterungen insbesondere im Wohnungsbau konterkariert. Unter Art. 81 Abs.1 Nr.1 BayBO fällt explizit nur die Begrünung von Gebäuden.

Stellplätze sind aber keine Gebäude. (siehe auch FAQ Zusammenstellung Innenministerium). Die Stadt Landshut sollte zudem die Höchstanzahl an Stellplätzen nicht unterschreiten. Ein Mobilitätskonzept lehnen wir ab: Bewohner, egal ob Eigentümer oder Mieter, kann es nicht vorgeschrieben werden, ob sie einen PKW besitzen oder nicht. Fakt ist, dass der Großteil der Bevölkerung auf ein Auto angewiesen ist. Mobilitätskonzepte führen nur dazu, dass die vorhandenen PKW der Anwohner auf öffentlichen Grund ausweichen müssen oder in andere Stadtbereiche abwandern.

gez.  
Fraktion FREIE WÄHLER

Johanna Schramm (Junge Wähler)

f.d.R. i.A. Julia Sterzl  
Fraktionssekretärin